



25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 14.10.2015, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2015**
- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
15/SVV/0043 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.2 Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte
15/SVV/0623 Fraktion DIE LINKE
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 4.1 Zwischenstand Pfingstberg - bebilderte Darstellung der beiden Varianten sowie der Folge- und Investitionskosten
aus HA 02.09. - Punkt Sonstiges
 - 4.2 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
 - 4.3 Dialog und Beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche
- 5 **Sonstiges**

Nicht öffentlicher Teil

- 6 **Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2015**
- 7 Verkauf des Grundstücks Sacrower Allee Oberbürgermeister, Fachbereich
15/SVV/0720 Finanzen und Berichtswesen
- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 8.1 Vorgesehene Beschlussfassung durch die zum 1. Teil wird eine MV
Gesellschafterversammlung der PMS im nachgereicht
Rahmen der Betrauung Tourismus- und
Kulturmarketing (Wirtschaftsplanung PMS
2015, Wirtschaftsplanung PMS 2016, Richtlinie
Provisionen).gemäß Beschluss: 15/SVV/0477
sowie Information über die Erstellung der
Tourismuskonzeption und
den Marketingplan 2016
- 8.2 Angelegenheiten des Konzernverbundes der
Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH
- 9 **Sonstiges**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0043

öffentlich

Betreff:

Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 13.01.2015

Eingang 922: 13.01.2015

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
28.01.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam an „Fairtrade-Towns“ in die Erarbeitung des Leitbildes für die LH P einzubeziehen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: 09.09.2015

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Dazu müsste die Stadt anstreben, den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel „Fairtrade-Town“ zu erlangen. Sie würde sich damit verpflichten, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die im Weiteren aufgeführten fünf Kriterien zu erfüllen.

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland für ihr Engagement im Fairen Handel um den Titel „Fairtrade-Town“ bewerben. Die Kampagne „Fairtrade-Town“ vernetzt erfolgreich Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und fördert den Fairen Handel auf kommunaler Ebene.

Ziel der Kampagne ist es, dass sich verschiedene Akteure der Kommune gemeinsam für den Fairen Handel, ökofaire Beschaffung, auch bei öffentlichen Ausschreibungen einsetzen. In Deutschland wächst zunehmend das Bewusstsein für gerechte Produktionsbedingungen sowie soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen. Auf kommunaler Ebene spielt der „Faire“ Handel in allen gesellschaftlichen Bereichen eine wichtige Rolle, zunehmend auch bei der öffentlichen Beschaffung. Die „Fairtrade-Town“ Kampagne bietet einen Startschuss für ein faires, nachhaltiges Engagement in einer Kommune. Angeknüpft an die Lokale Agenda 21 übernimmt eine „Fairtrade-Town“ soziale Verantwortung und damit eine Vorbildfunktion für Bürgerinnen und Bürger. Für Potsdam bedeutet dies, sich einmal mehr als innovative weltoffene Stadt zu etablieren und ein positives Image zu transportieren.

Der verknüpfende Charakter der Kampagne öffnet meist ganz neue Kooperationsformen regional, national sowie international. Weltweit gibt es bereits über 1.400 „Fairtrade-Towns“ in über 24 Ländern. In Deutschland sind derzeit ca. 300 Kommunen an dieser Kampagne beteiligt. Im Land Brandenburg könnte Potsdam, nach Eberswalde, derzeit die 2. Kommune sein, um den Titel „Fairtrade-Town“ zu erhalten.

In Potsdam sind seit Jahren, Initiativen und Vereine (z.B. Venrob e.V.) und andere Handelsunternehmen tätig, die „Fair Trade – Kriterien“ erfüllen. Der „Eine Welt – Laden“, Biomärkte und Bio-Cafés und Restaurants u.v.a.m.. Im Rahmen einer größeren Fachtagung können die Institutionen eingeladen werden, um eine Steuerungsgruppe mit der Stadtverwaltung zu gründen.

Zur Erlangung des Titels müssen folgende Kriterien erfüllt werden:

Kriterium 1

Es liegt ein Beschluss der Kommune / des Kreistages vor, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeister-, bzw. Landratsbüro Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus

Fairem Handel verwendet wird. Es wird die Entscheidung getroffen, als Stadt (bzw. Gemeinde/Landkreis) den Titel „Fairtrade Stadt“ (bzw. Gemeinde/Landkreis) anzustreben.

Kriterium 2

Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ (bzw. Gemeinde/Landkreis) die Aktivitäten vor Ort koordiniert.

Kriterium 3

In den lokalen Einzelhandelsgeschäften (darunter auch Floristen) sowie in Cafés und Restaurants werden „Fairtrade-Produkte“ angeboten (jeweils mindestens zwei, die Anzahl der Geschäfte und gastronomischen Betriebe richtet sich nach der Einwohnerzahl).

Kriterium 4

In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden „Fairtrade-Produkte“ verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.

Kriterium 5

Die örtlichen Medien berichten über Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ (bzw. Gemeinde/Landkreis).



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.
15/SVV/0043

öffentlich

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Potsdam strebt an, den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen

Erstellungsdatum 27.04.2015

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
19.05.2015	Ausschuss für Bildung und Sport	X	
20.05.2015	Ausschuss für Finanzen	X	
21.05.2015	KOUL	X	
27.05.2015	Hauptausschuss	X	

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam bewirbt sich um den in Deutschland von TransFair e.V. Köln verliehenen Titel „Fairtrade-Town“.^[1]

Dazu werden die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Kriterien von TransFair e.V. Köln zu erfüllen.

[1] (Fairtrade: fairer Handel, lauterer Wettbewerb – Town: Stadt, Gemeinde)

Begründung:

Für Potsdam bedeutet der Titel Fairtrade-Town ein klares Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit über alle Landesgrenzen hinweg.

TransFair e.V. Köln erwartet für die Verleihung des Titels die Erfüllung folgender Kriterien:

1. Einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.
2. Die Einrichtung einer lokalen Steuerungsgruppe aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, die auf dem Weg zur „Fairtrade - Town“ die Aktivitäten koordiniert.
3. In mindestens 27 lokalen Einzelhandelsgeschäften (darunter auch Floristen) und 14 gastronomischen Einrichtungen werden Fairtrade-Produkte angeboten (jeweils mindestens zwei).
4. In mindestens einer Schule, einem Verein oder einer Kirchengemeinde werden Fairtrade-Produkte verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten zum Thema fairer Handel durchgeführt.
5. Die örtlichen Medien berichten über Aktivitäten zum Thema „Fairtrade“ in der Stadt.

Warum Fairtrade–Town?

In Deutschland wächst zunehmend das Bewusstsein für gerechte Produktionsbedingungen sowie

soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen.

Wir haben in Potsdam längst „Eine Welt-Läden“, Einzelhandelsgeschäfte mit regional und fair gehandelten Produkten, Modegeschäfte, Cafés, Restaurants und Lebensmittelhandelsketten (wie z.B. REWE oder Biocompany). In der Dienstleistungswirtschaft der Stadt ist das als eingetragene Marke bekannte Fairtrade-Logo längst etabliert. Im Einzelhandel oder in der Gastronomie wird der vorliegende Antrag begrüßt. Mit dem Titel „Fairtrade – Town“ begleiten und unterstützen wir als Stadt die bereits vorhandenen Nachhaltigkeitsstrategien der Unternehmen.

Das Thema „Fairtrade“ wird auch an Schulen und Hochschulen diskutiert und gelehrt und wird auch Bestandteil der Lehrpläne in Bezug auf Umweltbildung und interkulturelles Lernen in einer globalisierten Welt.

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland mit ihrem Engagement für fairen Handel um den Titel „Fairtrade-Town“ bewerben. Die Kampagne „Fairtrade-Towns“ vernetzt erfolgreich Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und fördert Fairtrade auf kommunaler Ebene.

Ziel der Kampagne ist auch, dass die öffentliche Hand bei ihren Ausschreibungen den Grundsätzen von Fairtrade als wichtigem Kriterium Gewicht verleiht.

Weltweit gibt es mehr als 1.500 „Fairtrade-Towns“ in über 24 Ländern. In Deutschland sind derzeit 307 Kommunen an dieser Kampagne beteiligt. Unsere Partnerstadt Bonn ist die 27. Fairtrade - Town“. Im Land Brandenburg könnte nach Eberswalde die Landeshauptstadt Potsdam die 2. Kommune sein, die den Titel „Fairtrade-Town“ erhält.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0623

öffentlich

Betreff:

Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 25.08.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

09.09.2015

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie das Parken für Inhaber der Ehrenamtskarte, zum Beispiel auf entsprechend gekennzeichneten Stellplätzen, kostenfrei ermöglicht werden kann.

Diese besonderen Stellplätze sollten zum Beispiel an städtischen Verwaltungsstandorten, an Kultur- und Sportstandorten und dort, wo ehrenamtliche Tätigkeit stattfindet, eingerichtet werden.

Ein Vorschlag, wie dieses Anliegen umgesetzt werden soll, ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Dezember 2015 zu unterbreiten.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Ehrenamtlich Tätige mit großem zeitlichen Engagement erhalten eine Ehrenamtskarte. Neben der öffentlichen Anerkennung und Danksagung für die geleistete Arbeit können die Inhaber/-innen der Ehrenamtskarte auch verschiedene Vergünstigungen erhalten, wie zum Beispiel die Möglichkeit, an ausgewählten Orten kostenfrei zu parken. In der Stadt Brandenburg/Havel wurden dazu eigens für das Parken mit der Ehrenamtskarte Schilder aufgestellt. (Siehe Anlage)

Damit wird die Arbeit im Ehrenamt erleichtert und auch öffentlich aufgewertet.

Das freiwillige Engagement ist in den vergangenen Jahren verstärkt in das Blickfeld von Politik und Gesellschaft gerückt, Es stellt auch zukünftig eine wichtige Stütze für den Zusammenhalt der Gesellschaft dar. In diesem Bewusstsein unterstützt die Stadt Potsdam die Entwicklung des freiwilligen Engagements auf lokaler Ebene.





**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0738

Betreff:
Schulentwicklungsplanung - 4. Sachstandsbericht

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 12.10.2015

Eingang 922: 12.10.2015

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
14.10.2015	Hauptausschuss

Inhalt der Mitteilung:

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis:

Gemäß Verfügung des Oberbürgermeisters vom 15. Februar 2013 wurde die Projektgruppe Schulentwicklungsplanung eingerichtet. Bestandteil der Verfügung ist zudem eine regelmäßige Berichterstattung durch das Projektteam. In diesem Zusammenhang legt das Projektteam den beigefügten 4. Sachstandsbericht vor (siehe Anlage).

Ferner wurde der Oberbürgermeister entsprechend Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. November 2014 beauftragt, den Hauptausschuss - beginnend ab November 2014- alle drei Monate und bei besonderen Entwicklungen in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über den aktuellen Stand der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020 zu unterrichten.

Dabei sind die wesentlichen Entwicklungen, die sich aus den Beschlüssen 14/SVV/0063, Refinanzierung der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020 und 13/SVV/0800, Schulentwicklungsplanung 2014 – 2020, kurz darzustellen.

Entsprechend dem Beschluss soll der Hauptausschuss am 14. Oktober 2015, auf der Grundlage der neuen Bevölkerungsprognose (Bereich Statistik und Wahlen), über den beigefügten Stand informiert werden. Der Bericht wird dem Protokoll des Hauptausschusses schriftlich beigefügt.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Projektgruppe Schulentwicklungsplanung

4. Sachstandsbericht

14. Oktober 2015

1 Aufgabenstellung

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 12. November 2014 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, den Hauptausschuss im nicht öffentlichen Teil beginnend ab November 2014 alle drei Monate und bei besonderen Entwicklungen in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über den aktuellen Stand der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung 2014 bis 2020 zu unterrichten. Dabei sind die wesentlichen Entwicklungen bzw. Ergebnisse der

- Schüler- und Kita-Kinder-Zahlen in den einzelnen Planungsräumen im Vergleich zu den Prognosen im SEP einschließlich Bewertung, Auswirkung auf die bisherige Planung und Anpassungsnotwendigkeiten
- Schulplanungen und laufender Baumaßnahmen einschl. Standortfragen
- Gespräche mit freien Trägern zur Erreichung von Entlastungseffekten
- Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark bei der Planung und dem Betrieb von Schulen sowie das vorgesehene weitere Vorgehen
- aktuellen Bevölkerungsentwicklung im Vergleich zu den Annahmen im SEP insbesondere in den Planungsräumen

darzustellen.

2 Schülerzahlen

Die vorläufigen Schülerzahlen für das Schuljahr 2015/2016 werden voraussichtlich Ende Oktober 2015 vorliegen.

3 Vergleich Bevölkerungsprognose mit Ist-Zahlen (Stand 31.12.2014)

Wie bereits mit dem 2. Sachstandsbericht am 25. März 2015 durch den Fachbereich Bildung und Sport mitgeteilt, stellte sich im Resultat des Vergleichs der Ist-Bevölkerungszahlen mit der Bevölkerungsprognose 2011 das Erfordernis einer vorzeitigen Fortschreibung der Bevölkerungsprognose in 2015 dar. Im Ergebnis wurde auf Initiative der Projektgruppe Schulentwicklungsplanung die neue Bevölkerungsprognose, bereits um ein Jahr früher, im Sommer 2015 durch den Bereich Statistik und Wahlen erstellt.

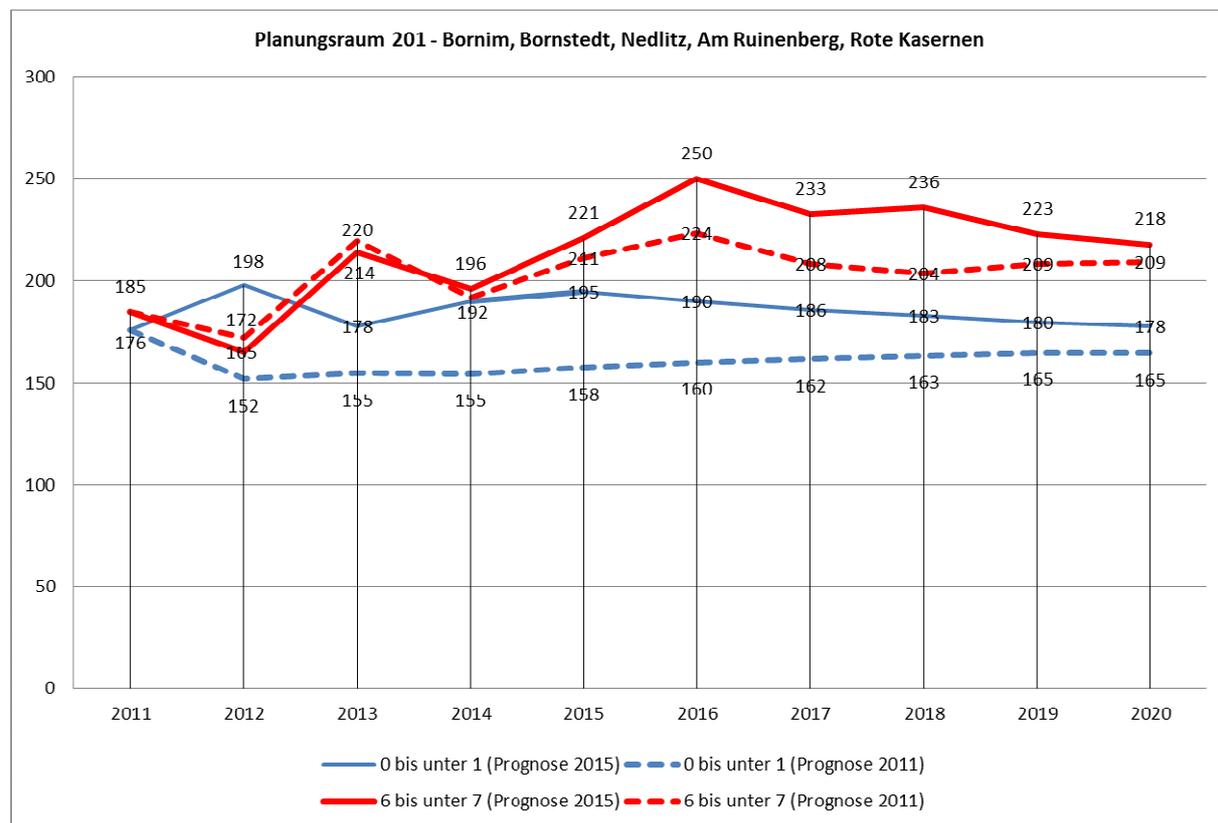
Aufgrund der neuen Bevölkerungszahlen sind kurzfristig vier Handlungsschwerpunkte im Primärbereich auszumachen. So sind in den Planungsräumen 201, 402 in Verbindung mit 403, 501 und 601 gegenüber den bisherigen Annahmen mehr SchülerInnen zu erwarten, die zusätzliche Klassenzüge an den Standorten erforderlich machen.

3.1 Planungsraum 201 (Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote Kasernen)

Aufgrund der aktuellen Bevölkerungs- und Flüchtlingszahlen besteht ein erhöhter Bedarf an Grundschulplätzen, welcher die Errichtung der Grundschule in einer Modulanlage bereits zum Schuljahr 2016/2017 notwendig macht. Für das kommende Schuljahr würden bis zu zwei Klassen nicht versorgt werden können.

In einer gemeinsamen Beratung mit der zuständigen Schulrätin und den Schulleiterinnen der Grundschulen des Planungsraumes 201 wurde sich deshalb zur Errichtung der Grundschule zum Schuljahr 2016/2017 verständigt.

Zum Schuljahr 2016/2017 soll am Standort Rote Kaserne West / nördlich der Esplanade eine zweizügige Grundschule mit Hort zunächst für 3 Jahre in Containerbauweise und unter Mitnutzung der Turnhalle der Gesamtschule Leonardo da Vinci errichtet werden. Ab dem Schuljahr 2019/2020 soll dann die Fortführung als dreizügige Grundschule mit Hort in massiver Bauweise am Standort Rote Kaserne Ost erfolgen.

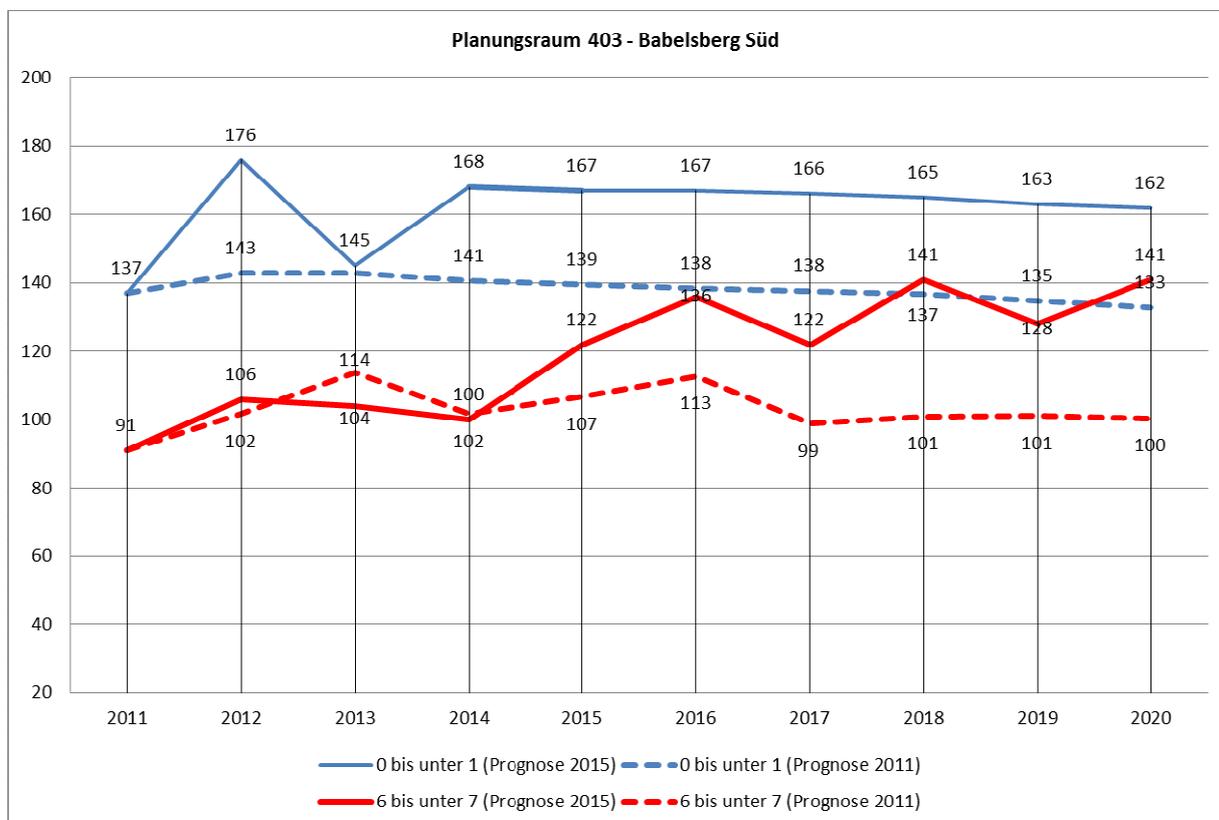
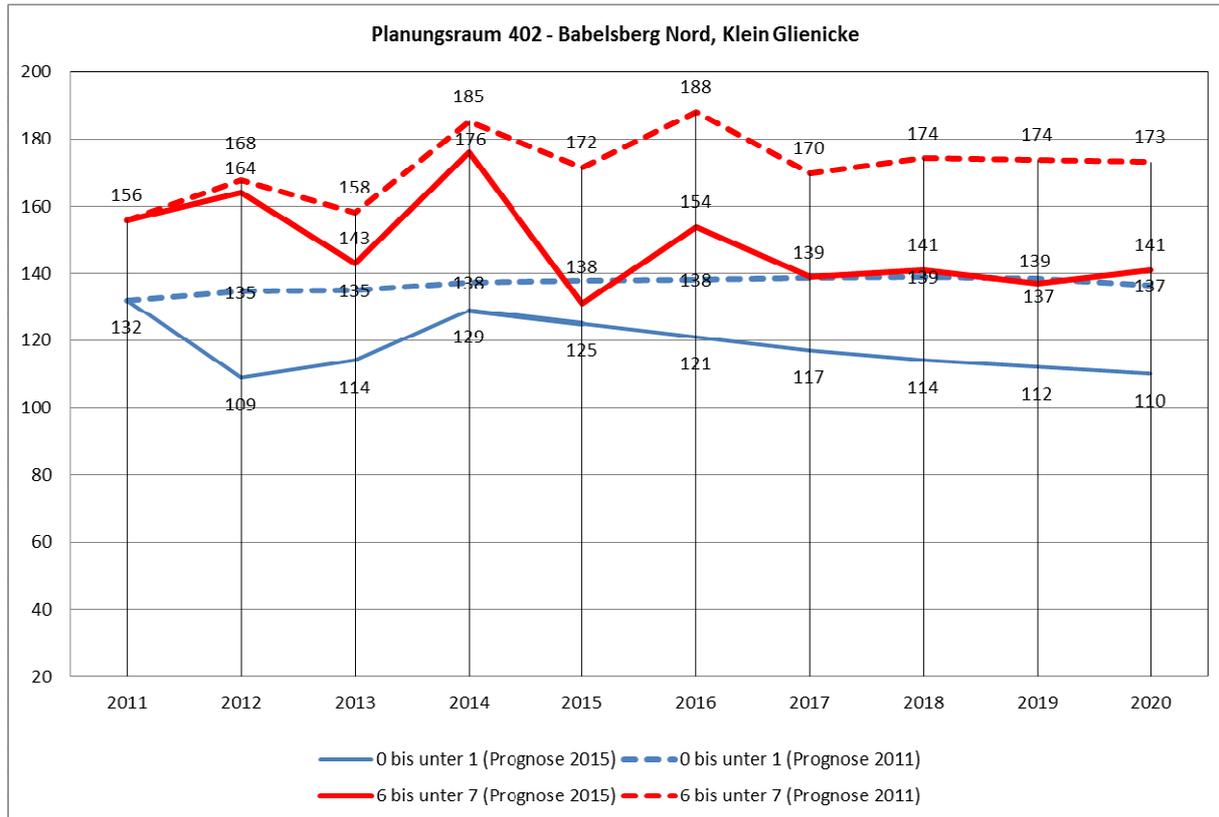


Durch die Kapazitätserweiterung in 2016 um zwei Züge und 2019 um einen weiteren Zug werden auch Bedarfe aus dem angrenzenden Planungsräumen 102 (insbesondere aus Neufahrland), 301 (Nauener und Berliner Vorstadt) und 302 (Innenstadt, Am Weinberg) gedeckt.

3.2 Planungsräume 402 (Babelsberg Nord, Klein Glienicke) und 403 (Babelsberg Süd)

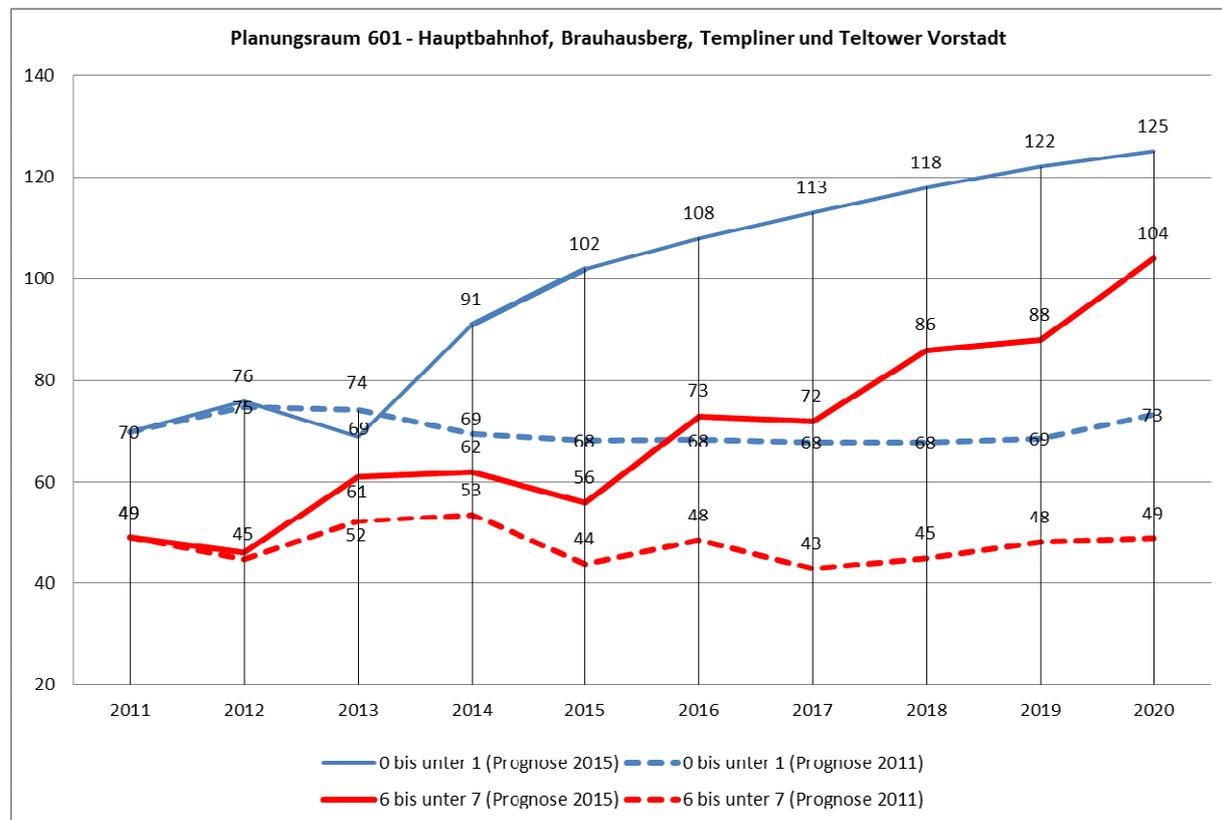
Wie im 3. Sachstandsbericht mitgeteilt, musste bereits zum aktuellen Schuljahr 2015/2016 in Babelsberg eine Klasse mehr eröffnet werden. Obwohl anhand der Ist-Zahlen sich kein erhöhter Versorgungsbedarf ergab, war die Klassenerweiterung zunächst als einmaliger Bedarf wegen der Besonderheit des Anwahlverfahrens hier notwendig. Aufgrund der aktuellen Bevölkerungsentwicklung wird nunmehr eingeschätzt, dass es für die kommenden Schuljahre zu Kapazitätsengpässen, insbesondere an der Goethe-Grundschule, kommen wird. In Abstimmung mit den SchulleiterInnen des Planungsraumes und der zuständigen Schulrätin wurde sich dazu verständigt, durch die Veränderung der Schuleinzugsbereiche eine bessere Verteilung der Schüler auf die bestehenden Kapazitäten zu erzielen. Die Änderung der Schulbezirkssatzung wird in die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Die Zeitschiene für das Schulaufnahmeverfahren

wurde entsprechend angepasst. Parallel wird an einer langfristigen Lösung für Babelsberg gearbeitet.



3.3 Planungsraum 501 (Stern)

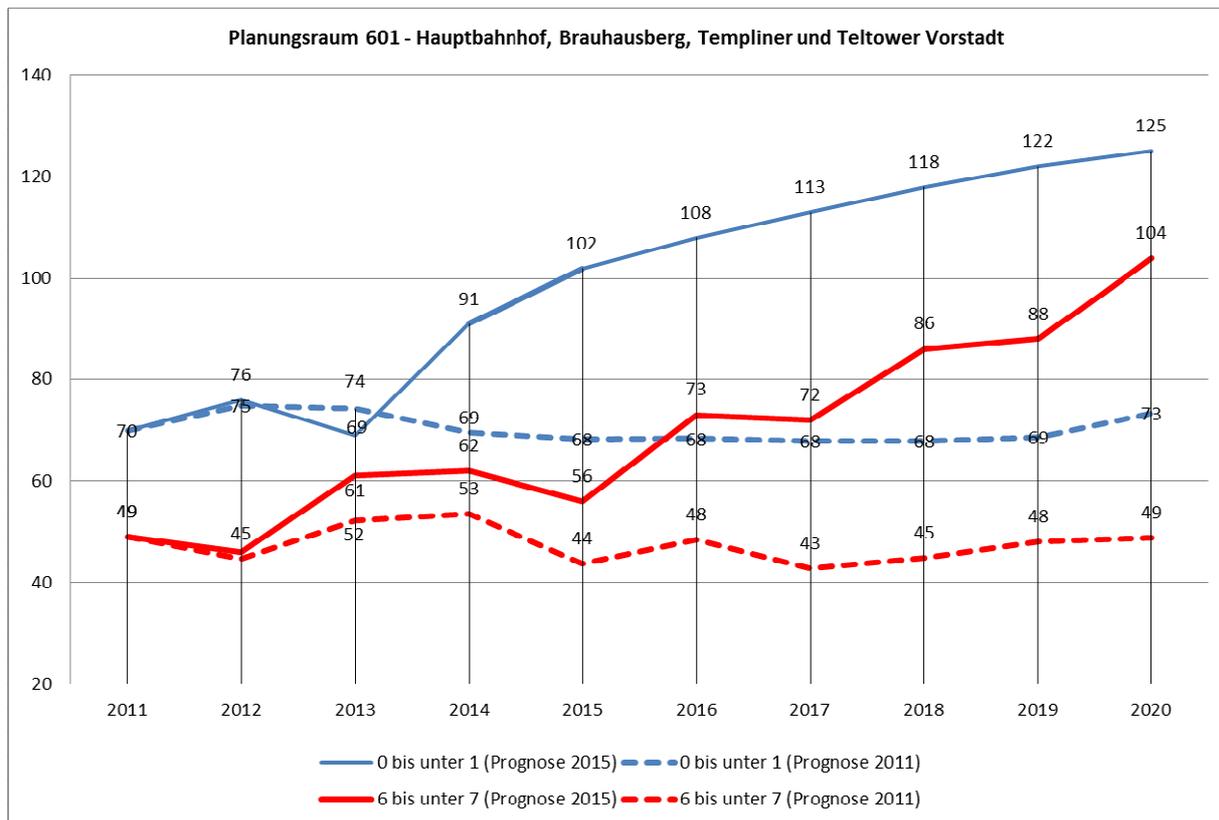
In Abstimmung mit der Schulleitung und dem Jugendamt wurde sich dazu verständigt, bis zur Fertigstellung der Grundschule am Standort Oberschule Pierre de Coubertin den Schülermehrbedarf aus dem Planungsraum Stern an der Grundschule Am Pappelhain zu beschulen. Dies kann jedoch nur erfolgen, solange eine Doppelnutzung mit dem Hort am Standort den bisherigen Umfang nicht übersteigt.



3.4 Planungsraum 601 (Hauptbahnhof, Templiner und Teltower Vorstadt)

Aufgrund der deutlich positiveren Entwicklung der Bevölkerungszahlen in der Potsdamer Innenstadt und in Babelsberg kann voraussichtlich nicht wie vorgesehen der Bedarf aus dem Planungsraum 601 in den angrenzenden Räumen abgedeckt werden. Es wird daher vorgeschlagen im Raum 601 eine geeignete Fläche für eine Grundschule zu identifizieren und zu sichern.

In diesem Zusammenhang muss auch die Option der Verlagerung der Comenius-Schule und die mögliche Nutzung des gegenwärtigen Standortes für eine Grundschule geprüft werden (siehe Erweiterung der Comenius-Schule (53) prüfen, Drucksache 15/SVV/0650).



Diese Nachfragesteigerung wird sich auch im Sekundarbereich fortsetzen, so dass mit Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes mit weiteren Schulneubauten im weiterführenden Bereich zu rechnen ist.

4 Stand der Schulplanungen und laufender Baumaßnahmen, Standortfragen

Im Folgenden wird nur auf die aktuellen Entwicklungen eingegangen:

Zu den einzelnen Maßnahmen entsprechend Drucksache 13/SVV/0800, Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020 wird mitgeteilt:

zu 1. c.) Gymnasium Haeckelstraße

Für die Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung wird der Errichtungsbeschluss für das dreizügige Gymnasium am Standort Haeckelstraße eingebracht.

Ursprünglich sollte entsprechend dem Schulentwicklungsplan 2009 bis 2015 am Standort Haeckelstraße zum Schuljahr 2011/2012 ein dreizügiges Gymnasium ans Schulnetz gehen. Daraufhin ist auch die Sanierung und Erweiterung des Schulstandortes erfolgt.

Entsprechend Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 06. April 2011, Drucksache 11/SVV/0285, Errichtung einer Gesamtschule - 1. Schritt: Standort Haeckelstraße, wurde aufgrund des damaligen Ü7-Verfahrens die Gesamtschule Leonardo da Vinci (32) am Standort Haeckelstraße errichtet.

Diese soll gemäß Beschluss vom 02. November 2011, Drucksache 11/SVV/0771, Errichtung einer Gesamtschule im Bornstedter Feld, zum Schuljahr 2016/2017 an den Standort

Bornstedter Feld umziehen. An dem dadurch frei werdenden Standort Haeckelstraße wird das neue Gymnasium entwickelt.

zu 1. h.) Dreizügige Grundschule mit Hort in Modulbauweise am Standort Rote Kaserne/nördliche Esplanade (Planungsraum 201 - Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote Kasernen)

Wie bereits unter Punkt 3 dargestellt, wird für die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung der Errichtungsbeschluss für die dreizügige Grundschule mit Hort am Standort Rote Kaserne Ost, Baufeld MI 7 eingebracht.

zu 7. Montessori-Oberschule (Planungsraum 304 - Potsdam West)

Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie und einer Kostenschätzung für die Erweiterung der Montessori Oberschule um eine Sekundarstufe II ist erfolgt. Über die Ergebnisse wird in einer Mitteilungsvorlage im November 2015 informiert.

5 Ergebnisse der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark bei der Planung und dem Betrieb von Schulen sowie das vorgesehene weitere Vorgehen

Dazu liegt kein neuer Sachstand vor. Die Darstellung erfolgte im 2. Sachstandsbericht vom 25. März 2015.

6 Unterrichtung über mit freien Trägern geführte Gespräche, deren Ergebnisse sowie die weiteren Schritte zur Erreichung von Entlastungseffekten

Mit Schreiben vom 23. Juli 2015 hat sich das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zum Gutachten „Schulen in freier Trägerschaft“ geäußert. Im Ergebnis sieht die Landesregierung die Verantwortung der schulischen Daseinsversorgung bei den Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Demnach haben die Überlegungen im Gutachten für das Land Brandenburg aus ihrer Sicht keine praktische Relevanz. Ferner wird mitgeteilt, dass potenzielle Kostenersparnisse anderer Versorgungsmodelle entsprechend nachrangig zu behandeln sind.

Es wird zwar abschließend die grundlegende Kooperation von öffentlichen und freien Trägern nicht ausgeschlossen, jedoch wurde im letzten Gespräch zwischen dem MBS und dem Fachbereich Bildung und Sport am 19. August 2015 deutlich, dass diese Möglichkeit als eher gering eingeschätzt werden kann.

In Abstimmung mit dem Fachbereich Recht, Personal und Organisation wird sich der Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport nochmals mit der Bitte um Klarstellung an das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wenden.

7 Sonstiges

Entsprechend Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01. April 2015, Drucksache 15/SVV/0230, ist zu prüfen, ob die Kapazitäten in der Comenius-Schule ausreichend sind, um langfristig die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Ganztagsbetrieb zu beschulen.

Durch die Schule wurde in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Bildung und Sport eine Analyse der Schülerzahlenentwicklung und des Raumbedarfes für die Jahre von 2015 bis 2020 erarbeitet (siehe Erweiterung der Comenius-Schule (53) prüfen, Drucksache 15/SVV/0650). Dementsprechend existiert am Schulstandort ein Raumdefizit. Zu den in der Analyse dargestellten zwei Varianten ist der Kommunale Immobilien Service (KIS) mit der Prüfung der Machbarkeit auf dem Schulgelände beauftragt.

8 Fazit

Aufgrund der aktuellen Bevölkerungsentwicklung und der Auswirkungen auf die Schulentwicklungsplanung wurde die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung der Mitglieder der Fraktionen zu einer Sitzung am 08. Oktober 2015 einberufen. Die Arbeitsgruppe erörterte hier insbesondere mögliche Optionen zur künftigen Grundschulversorgung. Im Ergebnis der Erörterungen sieht sie das dringende Erfordernis, über die bisherigen Maßnahmen des Schulentwicklungsplanes zur Errichtung und Erweiterung von Schulen hinaus im Raum Babelsberg Süd (Planungsraum 403) eine zweizügige Grundschule zu errichten. Da bereits ab dem Schuljahr 2016/2017 mit Engpässen in der Grundschulversorgung zu rechnen ist, sind bis zu deren Errichtung Übergangslösungen an den bestehenden Standorten Grundschule am Humboldttring und an der Goethe-Grundschule zu schaffen. Um die damit verbundenen Einschränkungen des Schulbetriebes zu mildern, ist eine Zügigkeitserhöhung jeweils im Wechsel vorzusehen.

Ferner stellt sich aus Sicht der Arbeitsgruppe die Notwendigkeit dar, eine zweizügige Grundschule im Planungsraum 601 (Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt) zu errichten. Hierzu ist das Ergebnis einer bereits initiierten Standortprüfung zu einer nächsten Sitzung am 3. November 2015 vorzustellen.

Wegen der nötigen Vorlaufzeiten zur Errichtung der Grundschulen wird angestrebt, der Stadtverordnetenversammlung bereits für die Dezembersitzung 2015 einen Beschlussvorschlag zur Anpassung/Änderung des Schulentwicklungsplanes zu unterbreiten.

Die Nachfragesteigerung wird sich auch im Sekundarbereich zum Ende des Geltungszeitraumes des Schulentwicklungsplanes fortsetzen. Mit Vorliegen der Ist-Schülerzahlen des Schuljahres 2015/2016 soll die Schulentwicklungsplanung und die darin enthaltenen Annahmen überprüft und die Auswirkungen schwerpunktmäßig im *nächsten Sachstandsbericht* für den Hauptausschuss im Januar 2016 dargelegt werden.

Rademacher
Leiterin Projektgruppe



Niederschrift

25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.10.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	ab 18:15 Uhr
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Peter Schüler	Grüne/B90	
Herr Sandro Szilleweit	DIE aNDERE	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	Bürgerbündnis-FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	nicht anwesend
Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	entschuldigt
----------------------	-----	--------------

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
30.09.2015
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen
Vorlage: 15/SVV/0043
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.2 Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte
Vorlage: 15/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des
Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
- 4.1.1 Schulentwicklungsplanung - 4. Sachstandsbericht
Vorlage: 15/SVV/0738
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 4.2 Zwischenstand Pfingstberg - bebilderte Darstellung der beiden Varianten sowie
der Folge- und Investitionskosten
- 4.3 Dialog und Beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2015

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

- der Tagesordnungspunkt 3.2 – DS 15/SVV/0623 - Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte – wird zurückgestellt, da das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr noch nicht vorliegt.
- Der Tagesordnungspunkt 4.2 – DS 15/SVV/0738 – Schulentwicklungsplan – 4. Sachstandsbericht – soll gleich zu Beginn der Sitzung behandelt werden, da zeitgleich die Schulkonferenz berät und die Vertreter des Fachbereiches Bildung und Sport dort ebenfalls anwesend sein müssen.
- Vor dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ berichtet die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung über die aktuelle Flüchtlingssituation.

Darüber hinaus liegt ein Antrag auf Rederecht von Frau Hörstel, Bürgerinitiative Offener Pfingstberg, zum Tagesordnungspunkt 4.2 – Zwischenstand Pfingstberg ... - vor. Da Frau Hörstel nicht anwesend ist, wird über den Antrag auf Rederecht nicht abgestimmt.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er darum gebeten habe, zur heutigen Sitzung den Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie Mitglieder des Kreisausschusses zum Thema „Modellversuch Zeppelinstraße“ einzuladen. Die Teilnahme, so der Oberbürgermeister, konnte auf Grund der Kurzfristigkeit nicht zugesichert werden. Die Anwesenden stimmen dem Anliegen von Dr. Scharfenberg zu, dass der Oberbürgermeister den o.g. das Angebot unterbreitet, an der Sitzung des Hauptausschusses am 28.10.2015 teilzunehmen.

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2015 erheben sich keine Einwände; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen

Vorlage: 15/SVV/0043

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Fröhlich bringt namens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine neue Fassung ein und verweist darauf, dass diese im Ergebnis und unter Berücksichtigung der inhaltlichen Diskussion in den Fachausschüssen erarbeitet wurde.

Im Anschluss an die kurze Diskussion, in der u.a. die Realisierung des Beschlussvorschlages in Frage gestellt wird, stellt der Oberbürgermeister die neue Fassung zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, der DS in der vorliegenden neuen Fassung vom 12.10.2015 zuzustimmen.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam an „Fairtrade-Towns“ in die Erarbeitung des Leitbildes für die LHP einzubeziehen.~~

Die Landeshauptstadt Potsdam bekennt sich zu den Grundsätzen des „Fairen Handels“, der darauf abzielt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen am Anfang der globalen Lieferketten zu verbessern und ihre politische und wirtschaftliche Position zu verbessern.

Der Oberbürgermeister prüft, ob und wie Anbieter „Fair gehandelter“ Produkte in Potsdam unterstützt werden können. In einem Prüfbericht zur Stadtverordnetenversammlung im April 2016 soll dargestellt werden, ob die Kriterien, wie sie z.B. zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Town“ vorgesehen sind, dazu wirkungsvoll beitragen können.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Gegenstimmen

zu 3.2 Kostenlos parken mit der Ehrenamtskarte
Vorlage: 15/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940

zu 4.1.1 Schulentwicklungsplanung - 4. Sachstandsbericht
Vorlage: 15/SVV/0738
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

Frau Rademacher und Herr Werner erläutern den 4. Sachstandsbericht zum Schulentwicklungsplan.

Sie verweisen darauf, dass sich bereits Anfang des Jahres das Erfordernis der Aktualisierung der Bevölkerungsprognose abzeichnete, da sich die Zahlen zwischenzeitlich stark verändert hätten.

Vorgestellt werden die 4 Planungsräume, welche sich wie folgt darstellen:

- Planungsraum 201 = Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote

- Kasernen
- Planungsraum 501 = Stern
 - Planungsraum 601 = Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt
 - Planungsraum 401 = Zentrum Ost
 - Planungsraum 402 = Babelsberg Nord, Klein Glienicke
 - Planungsraum 403 = Babelsberg Süd

Auf Grund der abweichenden Entwicklungszahlen sei eine Anpassung des Schulentwicklungsplanes (SEP) erforderlich; eine entsprechende Beschlussvorlage werde in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04. November d.J. eingebracht.

Im Planungsraum 501 = Stern – entsprechen die Prognosen den Planungen, welche bei der Erarbeitung des SEP herangezogen wurden. Dies bedeute, dass auf Containerlösungen verzichtet werden könne.

Im Planungsraum 601 = Hauptbahnhof, Brauhausberg ... - gebe es zusätzlichen Bedarf, welcher u.a. über die anderen Planungsräume abgedeckt werden könne. Darüber hinaus müsse in diesem Bereich ein geeigneter Grundschulstandort gefunden werden.

Die AG Schulentwicklungsplanung werde dazu beraten.

Der Planungsbereich 403 = Babelsberg Süd – habe den stärksten Wachstum zu verzeichnen. Die bestehenden Grundschulkapazitäten reichen nicht aus, so dass neue 2 zügige Grundschulen benötigt werden.

Defizite bestehen auch bei der Sporthallensituation und der Schulspeisungsversorgung.

Mit den Schulleitern werden derzeit auch Interimslösungen, wie z.B. die Aufstellung von Modulen besprochen und in diesem Zusammenhang auch die Aktivierung der Grundschule Am Stern ab 2018/2019 geprüft.

Andere Varianten seien derzeit nur mit dem Angebot eines zusätzlichen Fahrdienstes möglich.

Die Vorstellung der Prüfergebnisse sowie die Rücksprache mit den betroffenen Schulleitern werde am 03.11.2015 in der AG Schulentwicklungsplanung erfolgen.

Im Sekundarbereich wird der Bedarf an weiteren Sekundarschulen nach Vorlage der Ergebnisse der Prüfungen der Bedarfszahlen zur Kenntnis gegeben. Eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie werde im November vorliegen.

Die Maßnahmen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

1. Errichtung eines dreizügigen Gymnasiums am Standort Haeckelstraße.
>> Ein entsprechender Beschlussvorschlag wurde in die Stadtverordnetenversammlung am 07.10.2015 eingebracht und zur Behandlung in den Fachausschuss überwiesen.
2. Bau einer dreizügigen Grundschule mit Hort in Modulbauweise an den Roten Kasernen / nördliche Esplanade.
>> Eine entsprechende Beschlussvorlage wird in die Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2015 eingebracht.
3. Errichtung einer Montessori-Oberschule in Potsdam-West.
>> Die Machbarkeitsstudie liegt vor; eine entsprechende Mitteilungsvorlage wird der Stadtverordnetenversammlung am 04.11.2015 vorgelegt.
4. Erweiterung der Comeniuschule
>> Eine eventuelle Nutzung als Grundschule und die damit verbundene

- Verlagerung der Schule muss geprüft werden.
5. Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark
>> Die Darstellung der Situation und Möglichkeiten erfolgte im 2. Sachstandsbericht vom 25.03.2015.
 6. Gespräche mit freien Trägern zur Erreichung von Entlastungseffekten sowie die Information über die weiteren Schritte.
>> In einem Schreiben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport von Juli d.J. wird darauf verwiesen, dass die Verantwortung bei den Schulen in öffentlicher Trägerschaft liegt; die Betrachtung der finanziellen Aspekte sei hierbei nicht prioritär. Kooperationen zwischen den Schulträgern seien möglich.

Frau Rademacher fasst zusammen, dass:

- jeweils eine zweizügige Grundschule im Raum Babelsberg Süd (Planungsraum 403) sowie im Raum Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt (Planungsraum 601) errichtet werden muss. Dazu seien ab dem Schuljahr 2016/2017 Übergangslösungen notwendig. Unterschiedliche Optionen werden derzeit mit den Schulen „Grundschule am Humboldttring“, „Goethe-Grundschule“, Gesamtschule Peter-Joseph Lenné“ und „Bertha-v.Suttner Gymnasium“ sowie weitere Standorte geprüft.
- Die Neufassung des Schulentwicklungsplanes wird in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02. Dezember 2015 eingebracht.

Der Hauptausschuss wird im Januar 2016 über die vorliegenden Ist-Schülerzahlen und die damit verbundenen Auswirkungen informiert.

Der Oberbürgermeister dankt für die Darstellung der aktuellen Zahlen sowie der derzeitigen Situation und der sich daraus ableitenden Erfordernisse. Er betont, dass der Bau von zwei neuen Grundschulen nicht nur Auswirkungen auf den Investitionsplan des KIS sondern auch auf den Haushalt der Landeshauptstadt habe, soweit das Innenministerium dem zustimme

In der sich anschließenden Diskussion wird von Herrn Dr. Scharfenberg darauf verwiesen, dass darüber Konsens bestehe, keine Gebäude mehr zu verkaufen, die als Schulgebäude geeignet wären. Modul-Schulen beeinträchtigen aus seiner Sicht den Schulbetrieb und können nur als Übergangslösung gedacht sein. Er begrüßt die Suche und Prüfung von Alternativen, zu denen er auch das ehemalige Restaurant „Minsk“ zähle.

Der Oberbürgermeister betont, dass derzeit keine Gebäude, die für eine Schulnutzung geeignet wären, zum Verkauf stehen.

Auf die Frage von Herrn Heinzel, was gegen die Einführung von Schulbezirken spreche, erwidert Frau Rademacher, dass dem die freie Schulauswahl und die die dynamische Entwicklung der Bevölkerungszahlen entgegenstehe. .

Die AG Schulentwicklungsplan werde sich auch mit dieser Frage befassen. Nachfragen von Ausschussmitgliedern, ob in die Prognosen auch die Zuzüge im Bornstedter Feld berücksichtigt wurden werden bejaht; die Berücksichtigung von Flüchtlingskindern sei hingegen nicht möglich, da die Zahl zum einen nicht vorhersehbar sei und damit nicht planbar sei, ob und wie lange diese Familien in der Landeshauptstadt bleiben.

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass die räumliche Situation in Babelsberg sehr schwierig ,die Erwartungshaltung der Eltern zum Teil unrealistisch und für die Landeshauptstadt nicht mehr leistbar

sei.

Herr Wellmann bittet um Informationen, ab wann mit einer neuen Schule in Babelsberg gerechnet werden könne. Frau Rademacher erwidert, dass der konkrete Standort sowie die planerischen Tätigkeiten problematisch seien und ggf. bestehendes Planungsrecht geändert werden müsse, was wiederum vor 2020 aber kaum zu realisieren sei.

Herr Szilleweit regt an, für die Förderschule am Brauhausberg einen geeigneteren Standort zu finden und dafür in dem Gebäude eine neue Grundschule einzurichten.

Der Oberbürgermeister verweist auf die in erheblichem Maße in die Schule geflossenen Investitionen, so dass eine diesbezügliche Entscheidung genau abgewogen werden müsse.

Insgesamt, so der Oberbürgermeister sei die Wachstumsdynamik in Potsdam an sich sehr überraschend und müsse die Infrastruktur mit dieser mithalten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Zwischenstand Pfingstberg - bebilderte Darstellung der beiden Varianten sowie der Folge- und Investitionskosten

Herr Goetzmann informiert über den derzeitigen Stand der Gespräche zum Pfingstberg und betont, dass dies ein Zwischenstand sei.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten habe bekräftigt, dass sie Eigentümerin der in Rede stehenden Flächen mit allen Verantwortlichkeiten bleiben wolle; eine Übertragung der Flächen an die Landeshauptstadt werde von der Stiftung abgelehnt.

Ebenso käme eine Gestaltung und Pflege der Anlagen auf unterschiedlichem Niveau nicht in Frage, um den Zusammenhang des Gartendenkmals zu gewährleisten.

Im Zuge der Diskussion seien 2 Varianten entwickelt worden, welche Herr Goetzmann im Rahmen einer Power Point Präsentation vorstellt.

Variante A

Die Darstellung des Zaunverlaufs zwischen dem Privat- und dem Stiftungsgrundstück gehe über die jetzige Situation hinaus. Die MDB KG hat ein Eingehen auf diese Lösungsvariante nicht völlig ausgeschlossen; fordere aber Randbedingungen wie z.B. eine gesicherte Arrondierung des Privatgrundstückes per Erbbaurecht. Ansonsten würde die MDB KG ihr Engagement und die Investitionen auf die privat nutzbaren Flächen einschränken. Die Landeshauptstadt müsste für die Villa Schlieffen einen Träger suchen.

Variante B

Bei dieser Variante wäre der Hang unterhalb der Villa Henkel in den privat nutzbaren Bereich per Nießbrauchsvertrag einbezogen. Die MDB KG habe signalisiert, dass sie diese Variante bevorzuge; sie würde hierbei auch die Investitionen in die Wiederherstellung der Parkanlage und die Erneuerung der Villa Schlieffen in Gänze übernehmen, erwartet hingegen für die dauerhafte

Pflege der öffentlich nutzbaren Flächen eine anteilige Beteiligung der Stadt.

Die zu erwartenden Kosten könnten sich nach jetzigem Stand wie folgt darstellen: Für die Herstellung der flächendeckenden Verkehrssicherheit müssten insgesamt ca. 550 T€ - verteilt auf 2 Jahre - investiert werden. Hinzu kämen ca. 1,5 Mio. € für die denkmalpflegerische Wiederherstellung des Parks, dabei sei eine zeitliche Streckung möglich.

Auf Dauer anzusetzen seien nach der Wiederherstellung jährlich ca. 240 T€ für die Pflege und Wartung der Anlage.

Die Variante A ergebe eine deutlichere zentralere öffentliche Verantwortung.

Die Variante B wäre aus finanzieller Sicht die weitaus günstigere für die Landeshauptstadt.

Der Oberbürgermeister betont, dass dies der momentane Verhandlungsstand sei und alles unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der Beratungen des Stiftungsrates stehe.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt die derzeit laufenden Verhandlungen und hinterfragt, warum bei der Variante A Zugeständnisse an Herrn Döpfner gemacht werden ohne Gegenleistungen zu verlangen, zumal erklärt worden sei, dass es von dieser Seite kaum eine finanzielle Beteiligung geben werde.

Zur Variante B merkt er an, dass diese eine Änderung des bestehenden Bebauungsplanes bedeuten würde. und dem werde die Fraktion DIE LINKE nicht zustimmen.

Herr Goetzmann erwidert, dass die Variante B zwar erhebliche Abweichungen vom B-Plan bedeute; allerdings wäre über den Weg der Befreiung die Abweichung vom B-Plan-Verfahren möglich. Allerdings lege die Verwaltung Wert darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung dieses Vorhaben per Mehrheitsentscheidung unterstütze.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen zu einem möglichen geplanten Verkauf der Villa Schlieffen gestellt. Der Oberbürgermeister erläutert, dass die Stiftung signalisiert habe, die Villa nicht veräußern zu wollen. Herr Goetzmann ergänzt, dass in beiden Varianten sowohl der Teich als auch die Grotte in Privatbesitz wären.

Auf die Nachfrage von Herrn Finken, wie die Gartennutzung zu diesen Anlagen in den Kaufverträgen geregelt wurde, antwortet Herr Goetzmann, dass es keine Regelungen gebe; Ausführungen dazu seien in der Begründung des Bebauungsplanes enthalten.

Auf die Nachfrage von Herrn Wellmann, über welchen Zeitraum die Landeshauptstadt bei der Variante B die Kosten für die Pflege und Unterhalten der Grünanlagen übernehmen müsste, antwortet Herr Goetzmann, dass die Herstellung nach dem aktuellen Denkmodell 10 Jahre umfasse, die Pflege darüber hinaus kontinuierlich anfalle.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Landeshauptstadt nicht Eigentümerin der Fläche ist und somit nur ein planungsrechtliches Mitspracherecht habe.

Herr Kirsch bittet um Informationen, wann der Eigentümer der Umwidmung des Grundstücks von privat in öffentlich zugestimmt hat.

Herr Goetzmann erwidert, dass die Fläche wahrscheinlich Mitte der Neunziger Jahre in den Besitz der Stiftung übergegangen ist; vorher befand sich die Fläche im Eigentum des Bundes. Die Villa Henkel sowie die Villa Schlieffen sind

wahrscheinlich seit 1945 nicht mehr in privatem Besitz.

Herr Dr. Scharfenberg fragt den Oberbürgermeister wie er die zeitlichen Abläufe einschätze und wann er mit weiteren Schritten rechne,

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es grundsätzlich so sei, dass die Bereitschaft zur finanziellen Beteiligung mit dem Anteil der privaten Nutzung steige, was dann wiederum einer öffentlichen Nutzung zu Gute käme.

Der Stiftungsrat werde dazu wieder im November beraten, auch unter Beachtung der finanziellen Aspekte; letztendlich werde aber die Stadtverordnetenversammlung darüber entscheiden.

Der Hauptausschuss wird in 4 Wochen über den aktuellen Sachstand informiert.

zu 4.3 Dialog und Beteiligungsverfahren Plantage - Rechenzentrum - Garnisonkirche

Herr Jonas, Werkstatt für Beteiligung, geht in seinen Ausführungen auf den derzeit laufenden Prozess ein.

Man habe bei null angefangen und den Beteiligten Ende April die geplante Vorgehensweise vorgestellt. In Einzelgesprächen mit den Akteuren sei es um den Entwurf eines Grobkonzeptes, die Berufung eines Begleitkreises und die Erarbeitung eines Szenarien basierten Gerüsts gegangen.

Die Akteure seien gebeten worden, bis zum 12.10.2015 zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen; hätten dann aber aktuell um eine Terminverlängerung bis zum 20.10.2015 gebeten.

Der Hauptausschuss wird in seiner Sitzung am 28.10.2015 über die Details informiert.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass nicht nachvollziehbar sei, warum die Beratungen nicht öffentlich stattfinden. Die Transparenz sei nicht gegeben; die Öffentlichkeit kann an der Entwicklung nicht teilhaben.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass dies auch zwischen den Beteiligten kontrovers diskutiert werde.

Morgen werde eine Pressekonferenz dazu stattfinden, in der sich die Beteiligten zum weiteren Verfahren äußern. Das Thema sei eine schwierige Materie; letztendlich entscheiden die Beteiligten, ob und wie es weiter gehen soll.

Herr Jonas ergänzt, dass sich die Aktiven auf dieses Verfahren verständigt hätten; im Internet veröffentlichte Unterlagen seien von einer beteiligten Gruppe online gestellt worden. Wichtig sei, mit den Aktiven in's Gespräch zu kommen.

Der Oberbürgermeister regt an, das Verfahren autorisiert öffentlich zu machen.

zu 4.4 Information zur aktuellen Flüchtlingssituation

Frau Müller-Preinesberger informiert aus der Beratung der Arbeitsgruppe „Asyl“, welche unmittelbar vor der Sitzung des Hauptausschusses stattgefunden habe. Der aktuelle Stand der zur Verfügung stehenden Unterkünfte für Flüchtlinge gestalte sich wie folgt:

Fachhochschule Potsdam

- ist auf Grund vorhandener Schadstoffbelastungen als Unterkunft für Flüchtlinge nicht geeignet

Studentenwohnen im Horstweg

- steht als Unterkunft nicht zur Verfügung, da der Investor dem nicht zustimmt

Konsumhof

- Derzeit finden Vertragsverhandlungen statt.
- Hier könnten ca. 60 Personen wohnungsähnliche Unterkünfte beziehen.

Filmpark Babelsberg – Caligari-Halle

- Das Objekt werde als Unterkunft in Betracht gezogen. Bei Vorliegen des Bedarfs wird auf eine Nutzung zurückgegriffen, jedoch nicht vor dem 7.11.2015 (vorher noch Veranstaltungen)

Alter Landtag – Brauhausberg

- Derzeit werde über die Unterbringung von 300 bis 400 Personen verhandelt.

Objekt Rote Kaserne

- Hier wäre die Aufstellung von Modulen und Nutzung als Unterkunft ab Mitte 2016 möglich.

Aufstellung von Leichtbauhallen

- Eine Übersicht über die geplanten Standorte zur Aufstellung der Hallen für das Jahr 2016 ist den Fraktionen zur Kenntnis gegeben worden.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, warum, in Anbetracht der schwierigen Situation das Objekt „Siebenschläfer“ im Zentrum Ost nicht in die engere Wahl gezogen wurde.

Frau Müller-Preinesberger verweist darauf, dass sich das Objekt in der Liste befinde, aber nicht in die aktuelle Planung einbezogen wurde.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Zustimmung des Eigentümers vorliegen muss.

Hier wird eine nochmalige Prüfung zugesagt.

Frau Müller-Preinesberger informiert darüber hinaus, dass in der Heinrich-Mann-Allee insgesamt 37 Plätze für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge zur Verfügung stehen, allerdings würden hier nur männliche Jugendliche untergebracht.

Für insgesamt 3 Mädchen stehen Plätze im Fluchtpunkt in der Puschkinallee beim Träger GFB zur Verfügung.

Zur Nachfrage aus der letzten HA-Sitzung, die Größe des Objektes Berliner Straße 79 betreffend, antwortet die Beigeordnete, das 4 Voll- sowie 2 Dachgeschosse (inklusive Keller) mit einer Größe von insgesamt eine Größe von 2025 m² zur Verfügung stünden.

zu 5 Sonstiges

Keine Themen